

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

280 (2.12.1873) [3.12.1873]

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 280.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis: 1 R. 24 Kr., durch die Post bezogen
1 R. 28 Kr. vierteljährlich.

Dienstag, 3. December

Abonnementsgebühr:
die gepaltene Postzeitung ober deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Bestellungen auf den Badischen Beobachter für den Monat December werden von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 28. Nov. (Adressdebatte.) Nach Ueberreichung verschiedener die altkatholischen Rechtsverhältnisse betr. Petitionen theilt der Präsident mit, daß Staatsminister Jolly in einer der nächsten Sitzungen die die Anerkennung des Dr. Reinkens als katholischer Bischof betr. Interpellation zu beantworten bereit sei. (Findet nächsten Dienstag statt.)

Präsident v. Freydrorf legt einen Gesetzentwurf, die Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher betr. vor; einen weiteren Gesetzentwurf bringt Präsident Turban ein, die Erbauung einer Eisenbahn Winterthur Singen betr.

Darauf verliest Abg. Bluntschli als Bericht-erstatler die Adresse der Majorität und führt zur Begründung aus:

Die Adresse zerfalle in drei Theile: 1) das Verhältnis von Baden zum Reich, 2) der Kampf der römischen Kirche wider das deutsche Reich, 3) die Vorlagen über einzelne Gesetze. Was das Verhältnis von Staat und Kirche betreffe, so wolle er sich sowie auch über den dritten Theil kurz fassen. Wenn der Entwurf von anderer Seite die Sehnsucht nach Frieden betone, so sei dieser leicht zu haben: Friede sei, sobald die Kirche den Gesetzen sich unterordne. Was das Verhältnis des Reiches zu Baden angehe, so sei Folgendes in's Auge zu fassen.

Unsere Verfassung von 1818 sei unter dem deutschen Bund entstanden; der Bund war kein Staat, sondern nur eine Vereinigung von Regierungen; jetzt sei das anders: in der Reichsverfassung liege der Gesamtkörper Deutschlands; das deutsche Reich sei ein Staat, ersten Ranges, von höchster Kraft, ein so mächtiger Staat, daß alle anderen deutschen Staaten nur schwache Körpertheile desselben seien. Was für einen Einfluß dieses Verhältnis auf unsere Verfassung und Verwaltung habe, wolle er heute nicht erörtern, die Frage sei zu schwierig und wichtig für diese Debatte. Später müsse man prüfen, in welchem Umfange die Verfassungsrevision vorzunehmen sei; heute habe er nur das Bedürfnis der Revision aussprechen wollen. Als Beispiel dieses Bedürfnisses führt er an, daß der Reichstag jährlich zusammentrete mit einjährigem Budget; das sollte der Gleichmäßigkeit wegen auch bei uns so sein. Auch die Vertretung Badens im Bundesrathe verdiene nähere Erörterung und endlich die Frage, ob unser weitläufiger Staatsapparat nicht eine wesentliche Vereinfachung erfordere. Aber das sei heute nicht Gegenstand der Besprechung.

Zwei Meinungen extremer Art seien zu seiner Freude in der Commission von Niemand vertreten worden: die eine, daß das Reich ein Unglück sei und man möglichst bald in die alten Verhältnisse zurückkehren solle, — es freue ihn, daß hier keine Gegner des Reiches seien; die andere, daß der badische Staat keine Berechtigung zur Existenz mehr habe, sondern eine Provinz werden solle. Der badische Staat habe eine innere Berechtigung innerhalb des Rahmens des Reiches; dazu habe er Bedeutung genug. Baden habe 1 1/2 Millionen Menschen, ein Jahresbudget von über 20 Millionen Einnahmen und Ausgaben, Eisenbahnen im Werth von mindestens 200 Millionen, zwei Universitäten und eine polytechnische Schule. Das sei schon so viel, daß es in der Form eines besonderen Staates zu schützen sei. Dazu komme aber noch eine freie Verfassung, die wir nur ungern aufgeben würden, eine patriotische Dynastie, ein lebhaftes Heimaths- und Landesgefühl. Das badische Volk würde sich nicht glücklich fühlen, wenn es von Berlin aus, als seinem Centrum, regiert würde. Es sei so viel Geist und Selbstständigkeit unter den Alemannen und pfälzischen Franken des Landes, daß sie sich in einem solchen Verhältnis unglücklich fühlen würden. Die

Existenz von zwei Staatswesen nebeneinander habe freilich seine Schwierigkeiten; aber auch andere Staaten hätten die Aufgabe gelöst. Die scharfe Auscheidung von Reichs- und Landescompetenz sei unmöglich; das sei aber eine Eigenthümlichkeit der Reichsverfassung, daß sie keine festen Grenzen dulde, daß die Grenzen flüchtig seien. Nur Eines sei zu constatiren, um Conflicte zwischen Beiden zu beseitigen: das Reichsgesetz gehe dem Landesgesetz vor. Die Reichsverfassung sei der Ausdruck des gesammten deutschen Volkes in seinen Gliedern; dennoch sei Werth auf die Eigenthümlichkeiten der Einzelländer zu legen. Letztere seien so stark, daß wenn wir uns nicht selbst aufgeben, nichts zu riskiren sei. Die ganze Entwicklung des deutschen Wesens gehe auf die Selbstständigkeit der Theile; man sei fast nur zu wenig geneigt, seine Einzelrechte zu opfern. Weitere Garantien lägen in der That- sache, daß die Einzelstaaten Leben zeigen, daß sie unablässig arbeiten. Auf solcher Arbeit beruhe auch die Bedeutung unseres Landtages. Die Verfassung des Reiches gebe auch eine Garantie, die fast zu weit gehe: es genügen 14 Stimmen im Bundesrath, um Verfassungsänderungen zu verbieten. Unter diesen habe Baden eine Stimme und in Beziehung hierauf habe die Kammer zu prüfen, wie sie abgegeben werde; die Regierung sei also hierüber den Ständen verantwortlich. Er zweifle nicht, daß die Adresse dem Gedanken des Volkes entspreche.

Abg. v. Busch: Er sei der einzige Vertreter der Minorität in der Commission; deshalb sei er bescheiden gewesen, aber mit Maß. Er habe in der Commission viele Uebereinstimmung mit seinen Ansichten gefunden; aber in mehreren Fällen habe er nicht eingestimmt mit der Form der Adresse, in andern nicht mit dem Inhalt. Er habe in der Commission erklärt, daß er unter Umständen eine eigene Adresse vorlegen werde; er habe darin die Zustimmung seiner Fraction gefunden und so habe man eine eigene Adresse eingebracht. Wenn man beide Adressen vergleiche, so sei Manches übereinstimmend und der Vorredner habe das auch mit Anerkennung hervorgehoben. Was die Form betreffe, so solle allerdings die Adresse der Wiederhall der Thronrede sein; die Folge davon sei, daß man auch in dem Bau der Adresse die Thronrede wieder finden müsse. Das sei eine Forderung der Pietät. Der Vorredner habe drei Eintheilungen in seiner Adresse constatirt. Es sei ihm (Redner) aufgefallen, daß — wohl in Folge der Stylistik — das Verhältnis von Kirche und Staat aus dem Zusammenhang gerissen sei und eine besondere Stellung erhalten habe. Die Regierung habe in der Thronrede das Reich, die Städteordnung vorangestellt; das sei auch sachlich richtig: das Wichtigste müsse vorausgehen. Das Verhältnis von Kirche und Staat sei nur als ein Ergänzungsgesetz bezeichnet, es solle nur zur Ausfüllung einer Lücke dienen; es sei also nur etwas Accessorisches. Aus seinen Studien habe er einen gehörigen Respekt vor den „Lücken“ in der Gesetzgebung erhalten; in Preußen habe man 10 Jahre mit der Lückengesetzgebung im Budget zu thun gehabt. Das vorliegende Lückengesetz sei freilich nicht von der gleichen Gefährlichkeit.

Die Harmonie zwischen dem Reich und Baden sei in der Majoritätsadresse in „anmuthender“ Weise dargestellt. Diese Adresse sei ihrer räumlichen Ausdehnung und ihren Gedanken nach nur dem Reich und der Kirche zugewandt; hintennach seien so gelegentlich die einzelnen Vorlagen als Register angeheftet. Berichterstatter Bluntschli habe gesagt, es komme das daher, weil sie noch nicht bekannt seien; nun, das Lückengesetz sei ihm (Redner) allerdings nicht bekannt, dem Abg. Bluntschli wohl auch nicht, es müßte denn sein, daß ihm gegenüber eine größere Vertraulichkeit statt hätte. (Große Heiterkeit.) Es hätte also das auch in's Register aufgenommen werden sollen. (Heiterkeit.)

Auch sachliche Bedenken habe er. Es hätten zwar in der Commission Auerkennungen darüber und darüber stattgefunden; es sei das wie bei einem

alten Weibersommer gewesen (Heiterkeit), er könne aber nicht sich zu weit hierüber auslassen, er wolle sich kurz fassen, was ohnehin schwer sei, wenn ein Professor dem andern antworte. (Große Heiterkeit.) Mit Begeisterung habe Bluntschli des Reiches gedacht; einem so noblen Beispiele müsse man folgen. Die Entstehungsgeschichte des Reiches könne übrigens keinen allzugroßen Patriotismus aufwecken. Zwischen Reich und Bund hätte ein Uebergang statt haben sollen; so verlange es das Recht. Der rechtshistorische Fall sei nicht vorhanden, seine juristische Begeisterung fehle daher; aber er habe sein Lebenlang für die Einheit Deutschlands geschwärmt, gekämpft und gelitten; am Rande des Grabes, wohin ihn das Gesetz der Natur vielleicht bald rufen werde, gebe er die Fahne nicht auf, die er als Jüngling hoch gehalten habe, sondern wünsche, daß man sie ihm auf die bedeckte Erde pflanze. Er sei begeistert für das Reich als Mensch, als Deutscher. Aber wer eine Sache liebe, der müsse wünschen, daß der Gegenstand seiner Liebe sich mit allen Vorzügen schmücke, daß er in der Liebe wurzle. Das Beste habe Jeder von seinen Eltern; dies führe ihn auf die alte Reichsverfassung Deutschlands: obgleich erst 1806 untergegangen, sei sie schon von 1848 an durchlöchert gewesen, sie habe aber ein Leben gehabt so zäh wie eine Raze. (Heiterkeit.) Ihr Hauptvorzug seien die Reichsgerichte gewesen. Stein und Humboldt, beide Preußen, hätten schon auf dem Wiener Congreß die Reichsgerichte verlangt; ebenso einig sei man hierin im Frankfurter Parlament von 1848 gewesen, — wir, meine Herren, haben sie heute noch nicht. Der Abg. Bluntschli habe von „flüchtigen Grenzen“ gesprochen, damit sei gar nichts gesagt, organische Grenzen hätte er sagen sollen. Die schon constituirte Reichscompetenz sei fest und verpflichte Regierungen und Unterthanen zum Gehorsam; wenn sie sich weiter entwickle, so verlange sie Gehorsam von Regierung und Volk. Wenn zweideutige Ausdrücke vorhanden seien, müsse im Zweifel die Landescompetenz vorgehen. Der erste Reim zum Reich sei die Verbindung der norddeutschen Staaten gewesen, dann das Zollparlament, daraus das Reich selbst, das seien keine flüchtigen Marken.

Verlassen wir das Reich, gehen wir zum Verhältnis von Kirche und Staat über, wo es sich um ein Ergänzungsgesetz handle. Hier habe die Minorität ihrer Sehnsucht nach Frieden Ausdruck gegeben. Er habe in der Commission gesagt, er sehe, was den Conflict betreffe, die Dinge nicht so rosig an, so stark auch das Reich sei. Da sei es das Gescheidteste, man mache Frieden, um viribus unitis zu arbeiten. Aber der Friede habe als Grundlage das Recht. Der Staat habe sein Recht, die Kirche das ihrige. Hierin leide die Gesetzgebung in Baden an einem Irrthum, der häufig in der europäischen Gesetzgebung vorkomme, und das liege vielfach an der Professorenweisheit. Es habe einen Professor der Professoren in Berlin gegeben (Hegel), bei dem er nebenbei constatiren wolle, daß man früher die Professoren vom Süden nach Norddeutschland geschickt habe, jetzt werde das Compliment erwidert. (Große Heiterkeit.) Es falle ihm da ein Gleichniß ein: es sei in Berlin im Hofe der Universität ein Nußbaumchen gewesen, der Liebling von Allen, das sie fleißig begossen hätten, auch er habe es gepflegt und sich daran erfreut, es sei aber nie gewachsen, während bei uns Bäume dieser Art 80 Fuß hoch würden; ob wohl in Berlin die Süddeutschen gewachsen seien? Nun, dieser Hegel habe gesagt: Auf Erden sei nur eine Gewalt, die Kirche stehe unter ihr. Andere seien jetzt noch weiter gegangen, sie sagten, sie solle sich überflüssig machen; ein Anderer aber als Hegel habe gesagt: sie werde dauern bis an's Ende der Dinge.

Redner denke sich zwei höchste Gewalten, — jede auf eigenem Boden, mit eigenen Mitteln, für eigenen Zweck. Kirche und Staat sollen nicht geschieden, sondern unterschieden sein, jede auf ihrem Gebiet walten. Das badische Gesetz sage: „Die Kirche ist eine eigene Corporation.“ Ein Professor, früher hier in diesem Hause, habe das so aufgefaßt, daß er sagte, die Kirche sei eine Corporation wie ein Spi-

tal. (Heiterkeit.) In unseren Tagen sei das Studium von der Corporation sehr wichtig. Die Kirche sei allerdings eine Corporation, aber sie sei auch ein Reich. Als Corporation sei sie dem Staat unterworfen, als Reich nicht, da stehe sie auf eigenem Boden. Die Kirche habe als Herz die Einheit; der Papst sei insofern für Baden ein Inländer. Er kenne das Gesetz in Betreff der Lücke nicht; er meine aber, daß solche Eavenzgesetze nur verstümmen, den Zweck aber nicht erreichen. Es sei nicht zu billigen, wenn man einen Stand wie hier den Clerus in seiner Würde angreife und vernichte, der doch eine Erziehung erhalten habe, wie sie den Ständen höherer Bildung entspreche. Das Herabziehen desselben in den Schmutz einer unflätigen Presse sei ekelhaft; das müsse ein Ende nehmen. (Verschiedene Zwischenrufe.) Friede sei nur auf Grund des Rechts möglich; nehmen Sie den Frieden nicht an, sondern nur unter der Bedingung des blinden Unterwerfens, so wird der alte Römer erwachen und Ihnen in seinem Mantel Krieg oder Frieden zur Wahl bieten. Was die Städteordnung betreffe, so könne er durch die Einwohnergemeinde die Städteordnung nicht gefährden lassen. Nicht alle Städte seien wie Karlsruhe, das eine neue Gemeinde sei, zusammengesetzt aus den verschiedensten dorthin zusammengeströmten Elementen, ganz ähnlich wie das alte Rom, wenn es auch sonst wenig Aehnlichkeit mit letzterem habe. (Heiterkeit.) Was die Schule angehe, so rufe auch er: „Licht, mehr Licht!“, aber gesundes Licht! Die Schullehrer sollen aufgebessert werden, aber sie sollen sich auch nicht über ihren Stand erheben. Mit der Aufbesserung sollen sie ihren Stand nicht zu hoch und nicht zu nieder auflassen. Die Beamtenaufbesserung sei gut; aber man solle unten anfangen. Niemals habe er so viele abgehärmte Gesichter gesehen, als jetzt gerade in den unteren Dienerkategorien, wie Eisenbahnconducteurs etc. Also unten anzufangen, meine Herren: bleibt etwas für oben übrig, gut; bleibt nichts übrig, so schadet's nichts. (Große Heiterkeit.) Eine besondere Fürsorge müsse man den Eisenbahnen zuwenden; Nebenius habe ihm früher einmal in der Kammer zugerufen: Wer die Eisenbahn hat, hat das Land. Jeder verliest zum Schlusse die Adresse der Minorität.

Staatsminister Dr. Jolly: Es sei Sitte, daß die Regierung möglichst geringen Antheil an der Adressdebatte nehme; sie trete nur ein, wenn ein specieller Angriff auf die Regierungspolitik sich kundgebe. Er spreche seinen Dank für die Majoritäts-Adresse aus. Die Thronrede habe nichts darüber gesagt, ob der Eintritt in's Reich Aenderungen in der Verfassung nothwendig mache; es sei das nicht berührt worden, weil noch keine Anträge gemacht werden könnten und die Initiative der Kammer zu erwarten sei. Was die Minoritätsadresse betreffe, so wäre der gewöhnliche parlamentarische Gebrauch besser gewesen, Gegenamendementis zu stellen. Man hätte dann gehört, daß eine principielle Opposition da sei; man habe auch ein Interesse daran, das Vorhandensein der principuellen Opposition zu constatiren. Das Verhältniß zum Reich sei von beiden Seiten lebhaft betont worden; der Passus der Gegenadresse sage ungefähr dasselbe, was die Thronrede und die Majoritätsadresse sage; die Differenz bestehe wohl nur darin, daß man auf Seite der Majorität das Reich und Baden nicht als Gegenätze auffasse, sie nicht etwa als neidisch und eifersüchtig auf einander darstelle. Die Herren der Minorität hätten ihren Satz, das Reich auf ein Minimum zu beschränken, besser gegen die Adresse ausgesprochen, ohne einen eigenen Entwurf zu bringen; dann wisse man eher, woran man sei. Buß behandle das Verhältniß von Reich und Einzelstaat als Vertrag, Bluntzschli als organisches Ganzes, das jedes Vertragswerk ausschliesse. Auch in Betreff des Verhältnisses von Staat und Kirche hätten die Herren der Minorität ihre Meinungen offener aussprechen sollen. Jeder könne den Satz, so wie er in ihrer Adresse stehe, unterschreiben. Er sehne sich am meisten nach Frieden, die Regierung bedürfe desselben in erster Linie; es komme nur darauf an, wer die Schuld des Krieges trage. Die Herren wären offener gewesen, wenn sie gesagt hätten: Wir wünschen, daß das Gesetz von 1860 abgeschafft werde.

Auch in der Stellung zur Schule hätten sie nicht mit directen Worten ihre Segnerschaft gegen das Schulgesetz ausgesprochen; wenn sie aber betonten, daß die Lehrer das richtige Verhältniß wieder finden müßten, so müsse er Protest einlegen im Namen eines Standes, der sich stets mit richtigem Tact in schwieriger Zeit benommen habe. Die Herren von der Minorität wollen das Volksschulgesetz abgeschafft haben, sie wollen die Schule von den Pfarrern ab-

hängig gemacht wissen (Widerspruch rechts, Zustimmung auf den andern Bänken); wenn Sie das widersprechen, um so besser, wenn ich mich geirrt habe; dann hätten Sie sich aber präciser ausdrücken sollen. Er wünsche, daß die Adresse der Majorität Annahme finde. (Fortf. folgt.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

(Sitzung vom 26. Nov. Nach der Köln. Blkztg.) Erste Berathung des vom Abg. Dr. Windthorst (Meyen) eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend die Aenderung der Art. 70, 71, 72 und 115 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (betr. die Einführung des directen allgemeinen Wahlrechtes in Preußen).

Abg. Dr. Windthorst (Meyen). Der vorliegende Antrag wird von allen meinen Freunden vertreten. Seine Begründung, welche mir aufgetragen ist, vertrete ich allein (Hört! hört! links), obwohl ich im Ganzen und Großen die Anschauungen meiner Freunde zum Ausdruck zu bringen hoffe. Wir haben in Preußen das allgemeine Wahlrecht nur verballhornt durch das Dreiklassen-System. Ob es sonst mit dem allgemeinen Wahlrecht im deutschen Reiche zusammenfällt, darüber kann man streiten. In Preußen ist jeder Selbständige zum Wählen berufen, im deutschen Reiche wird die Selbständigkeit nicht so betont. Die Selbständigkeit ist dubiae interpretationis und die Auslassungen der Regierung sind zu verschiedenen Zeiten verschieden gewesen. In der Stadt Hannover z. B. ist das Wahlrecht so ausgedehnt, daß sogar junge Männer, die unzweifelhaft noch in väterlicher Gewalt standen, zu den Wahlen zugelassen wurden; auf dem Lande unmittelbar in der Nähe hat man selbständige Tagelöhner und Verwalter ausgeschlossen. Ich erhebe keine Beschwerde darüber, ich behaupte nur, daß die Auslegung eine zweifelhafte ist. In Preußen ist dann das indirecte Wahlrecht in der Art, daß die Urwähler Wahlmänner wählen, welche den Abgeordneten bezeichnen, der im deutschen Reiche vom Volk selbst direkt gewählt wird; endlich ist in Preußen die öffentliche Stimmenabgabe, im deutschen Reiche die Zettelabstimmung vorgeschrieben. Ich halte nun dafür, daß das im deutschen Reiche bestehende Wahlrecht richtiger und gesunder ist, behaupte aber damit noch nicht, daß das ideale, absolut theoretisch richtige und vollkommenste ist. Denn so lange Staatenbildung in der Geschichte sich gezeigt hat, haben sich die politischen Kämpfe um diese Frage gedreht und alle Theoretiker wichen in ihren Resultaten unerachtet ganz verschiedener politischer Stellung von einander ab, so daß es unmöglich sein wird, ein allgemein als richtig anerkanntes Wahlsystem aufzustellen.

Es ist nur möglich nach den besonderen Verhältnissen des betreffenden Landes, nach der Entwicklung der Dinge in demselben das relativ beste Wahlsystem aufzustellen. Ich persönlich nehme keinen Anstand zu sagen, daß, wenn es möglich wäre, ein altdeutsches ständisches Wahlrecht zu haben, ich es gern annähme. (Hört! hört! links.) Ich habe das erwartet. (Heiterkeit.) Dazu gehören die ständischen Grundlagen; wo es aber derartige Grundlagen nicht mehr gibt, da ist es ein ineptes Verfüch, sie anzustreben. Nun aber hat kein Staat in Deutschland — weiter will ich meinen Blick nicht ausdehnen — entschiedener und consequenter seit langer Zeit alle ständischen Elemente bekämpft und vernichtet als der preussische Staat (Sehr richtig! links); der letzte Rest ist in der Kreisordnung begraben und, was etwa noch fehlen sollte, werden die Herrn Vertrauensmänner der liberalen Parteien dem Herrn Minister des Innern wohl unter den Fingern wegziehen. (Heiterkeit.) In Preußen kann von einer derartigen ständischen Vertretung keine Rede mehr sein, weil Alles in Atome zerfallen ist. Man hat ein Moderamen in dem Dreiklassen-System, der indirecten Abstimmung und der Deffentlichkeit derselben. Es wäre möglich vielleicht noch eine Zeit lang mit dem alten System weiter zu leben; ich habe mich auch wohl gehütet, einen solchen Antrag vor Vollendung der Kreisordnung einzubringen; aber es ist ein schwieriges Factum eingetreten. Man hat in dem Staatswesen höherer Ordnung, welches über dem preussischen Staate steht, im Deutschen Reiche ein anderes System eingeführt, und ich halte es für unmöglich, daß in dem größtem maßgebenden Staate ein abweichendes System zur Anwendung kommt; denn nothwendigerweise müssen die Staaten niederer Ordnung dem Zapulle des höhern folgen.

Dazu kommt noch, daß das Dreiklassen-System nach dem einstimmigen Urtheile Aller eine Caricatur ist; es ist rein dem Zufall überlassen, wie die

drei Klassen zu bilden sind. Da ich jedoch in Preußen nicht so zu Hause bin, so will ich eine Autorität anführen, welche unzweifelhaft preussisch ist, welche die preussischen Verhältnisse kennt, welche den preussischen Verhältnissen „Ziel und Richtung“ vorschreibt (Heiterkeit), welche die Herren auf der liberalen Seite des Hauses als eine unzweifelhafte und untrügerische anerkennen werden. (Heiterkeit.) Redner verliest den bekannten Passus aus der Rede des Fürsten Bismarck vom 28. März 1867, in welchem das Dreiklassen-System als ein „wider-sinniges, elendes Wahlgesez, wie es kein schlechteres gebe,“ bezeichnet wird.) Aehnlich äußerten sich bei Verathung des Reichstags-Wahlgesezes die Wortführer der conservativen Partei, v. Blantenburg und Wagener. (Links: Hört! hört!) Es scheint, als ob die Autorität der letzteren Herrn bezweifelt wird. In diesen Dingen, m. H., hatte der Herr mehr politische Weisheit in seinem kleinen Finger, als die Redactionen von zwölf nationalliberalen Zeitungen. (Stürmische Heiterkeit.) Die beiden genannten Abgeordneten hielten das allgemeine directe Wahlrecht für conservativer als das Dreiklassen-System; der Abgeordnete Wagener fügt noch hinzu, ob denn ein Grenadier von Königgrätz, der zufällig nicht große Steuern zahlen kann, nicht so viel wiegen sollte, wie ein zufällig reich gewordener Specereihändler. Damit traf er einen preussischen Gedanken, die allgemeine Wehrpflicht. Wer diese als ein politisches Evangelium ansieht, wird Unrecht thun, wenn er nicht auch alle Wehrpflichtigen zu den Wahlen zuläßt. Man kann keine größere Actie in das Staatsleben hineinwerfen, als seine eigene Person und seine eigene Existenz. (Sehr wahr! im Centrum.) Dagegen kommen die paar Groschen Steuer mehr oder weniger gar nicht in Betracht.

Außerdem aber hat die preussische Staatsregierung beim seligen Bundestage im April 1866 bereits ausgeführt, daß nach ihrer Ueberzeugung das allgemeine Wahlrecht conservativer sei, als das Dreiklassen-system. Damit will ich die Zahl der Autoritäten noch nicht beendigen; ich frage die Väter der national liberalen Partei, die Mitglieder des Nationalvereins, ob sie nicht bei Gründung desselben immer und bestimmt auf das Reichswahlgesez von Frankfurt verwiesen und verlangt haben, daß danach die Wahlen geordnet werden sollen. Ich frage die verehrten Führer der Fortschrittspartei (Bewegung links), deren größere Anzahl aus den Wahlen der intelligenten Stadt Berlin hervorgegangen ist (Heiterkeit), haben sie nicht immer das allgemeine Wahlrecht verlangt und noch in den letzten Tagen ihren Wählern gesagt, sie würden dafür einstehen? Also Regierung, Conservative, National-Liberale, Fortschritt, alles war einig. (Abg. Virchow: Bloß das Centrum fehlt!) Wenn der Abg. Virchow meint, das Centrum wäre zurückgeblieben, so bitte ich ihn, zu zeigen, wo das einen Ausdruck gefunden hat. Was mich betrifft, so kann ich versichern, wenn der Abg. Virchow meine Memorien liest — da ich alt bin, werde ich vor ihm sterben —, so wird er finden, daß ich zu einer Zeit dafür eingetreten bin, wo er wahrscheinlich noch nicht davon geträumt hat. (Heiterkeit.) In Hannover bestand kein allgemeines, sondern ein wesentlich ständisches Wahlrecht; es war mir klar, daß das auf die Dauer nicht halbar sei; aber es bestand eine Schranke in der Bundesakte, wo eine landständische Verfassung vorgeschrieben war. Jetzt ist an Stelle der Bundesrechte das deutsche Staatsrecht getreten, und das Reich wird jedenfalls niemals einen einzelnen Staat abhalten können, sich auf dieselbe Basis zu stellen, auf welcher es selber steht. Wir sehen nun noch, daß es in allen Staaten der Welt mit dem beschränkten Wahlrecht nicht mehr geht: in Amerika hat man es auf die Rege ausdehnen müssen; in England schreitet die Reform stetig fort; in anderen Staaten besteht das allgemeine Wahlrecht bereits und man mag sich sperren, wie man will, man wird auch bei uns zu dieser letzten Consequenz kommen.

Man könnte nun aber der Meinung sein, daß man die indirecten Wahlen mit Aufhebung des Dreiklassen-systems bestehen lassen könne, weil ja dann die Bestimmung der Abgeordneten in Händen von hervorragenden Männern von höherer Intelligenz und Bildung liege. Ich glaube, das ist eine Illusion; in Wahrheit meinen die Vertheidiger des indirecten Wahlrechtes, auf einen kleinen Haufen besser und erfolgreicher einwirken zu können, als auf einen größern. Wenn wir die Dinge ansehen, wie sie thatsächlich liegen, so müssen wir sagen, daß das indirecte Wahlrecht nur ein leerer Schein ist; denn in jedem Wahlkreise wußte man gleich nach den Wahlmännerwahlen, wie es mit den Abgeordnetenwahlen stand (Widerspruch links); nur in Bezirken, wo die

Parteien sich sehr scharf und gleich gegenüber standen, konnte man zweifelhaft sein, aber die Abstimmung war bei keinem Wahlmann zweifelhaft. (Widerspruch links.) Dann aber hat es mit dieser angeblichen bessern Bildung doch sein Eigenthümliches. Was ist Bildung? (Heiterkeit.) Aus Ihrer Heiterkeit entnehme ich die Definition nicht; es gibt eine Fortschrittsbildung, eine national-liberale Bildung, eine freiconservative Bildung, eine Centrumsbildung. (Heiterkeit.) Jeder definiert sie nach sich selbst. Jeder hält sich für den allein Gebildeten. (Widerspruch links. Sehr wahr! Centrum.) Wenn die Einzelnen es nicht thun, die Parteien thun es gewiß. Nach meiner Meinung haben die Wähler der dritten Klasse mehr Rechtsinn als die der zweiten und ersten. (Hört! hört!) Sie sind conservativer als die Männer des Geldes. (Auf links: Social-Demokraten!) Das destructive Element der Welt ist das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbettel zu corrigiren, ist das allerbedenklichste Mittel. Die Klassen, wo dieses destructive Element vorzugsweise zu Hause ist, sind am meisten aufgefressen von den Ideen des modernen heidnischen Staates (Bewegung links), und ich kann es weder für klug, noch conservativ, noch für verständlich politisch erachten, den Schwerpunkt der staatlichen Verhältnisse in diese Klasse zu legen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Endlich komme ich zur socialen Frage, die zu Einwendungen benutzt werden könnte. Sie bewegt die Welt mehr und tiefer, als es anscheinend bemerkt wird; wenigstens kommt es mir vor, als ob über der Katholikenhege, die jetzt stattfindet (Beharfter Widerspruch links; Zustimmung im Centrum), man diese Frage vergessen machen oder einschläfern wolle. Ich halte die sociale Frage für furchtbar ernst. Ich halte es für wichtiger, uns damit gründlich zu beschäftigen, als hier Kirchen- und Schulpolitik zu treiben. (Beharfter Widerspruch links; Zustimmung im Centrum.) Ich beklage die vielen Verirrungen auf dem Gebiete der socialen Frage auf's tiefste, besonders aber die vielen Zeichen von Irreligiosität, welche sich dabei gezeigt haben. (Hört! hört! im Centrum. Widerspruch links.) Aber fragen wir uns recht ernsthaft, haben wir unsere Pflicht erfüllt? Damit diese Frage gründlich erörtert werde, hätte ich nichts dagegen, wenn auch einige Bänke der National-Liberalen mit Leuten besetzt würden, die sich mit dieser Frage beschäftigen. (Hört! hört! links.) Ich halte es in allen Staaten für bedenklich, wenn ein großer Theil der menschlichen Gesellschaft außerhalb der beratenden Körperschaft steht, und auf den Straßen debattirt. (Beifall im Centrum.) Wir müssen sie innerhalb der Regeln der Gesetze mit uns debattiren lassen, müssen versuchen, sie von der Irrigkeit und Verwirrlichkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen, oder uns überzeugen lassen. Uebrigens habe ich gar keine Furcht, daß durch Annahme des von mir vorgeschlagenen Wahlgesetzes ein Uebermaß der Art entstehen werde.

Ich komme nun zur Frage der öffentlichen oder geheimen Abstimmung. Ich habe früher geglaubt, die öffentliche Stimmabgabe sei die richtige und geeignet, das Volk politisch zu erziehen. Ich hatte dieselbe Anschauung, die Stuart Mill näher entwickelte. Aber nachdem ich in den preussischen Staatsverband eingetreten war und die Wahlmethode sehe, da sage ich: es geht nicht. Wenn ich sehe, wie bei den letzten Wahlen die Regierung, ein Theil der Großgrundbesitzer, besonders der schlesischen Magnaten (Hört! Hört! im Centrum), viele Fabrikanten in den Städten Einfluß geübt haben, dann muß ich sagen, es heißt der menschlichen Natur zu viel zugemuthet, einem solchen Terrorismus gegenüber Stand zu halten. Ich selbst bin Zeuge gewesen, wie Staatsbeamte vom Präsidenten bis zum Gerichtsboten herab wie ein Mann stimmten (Heiterkeit), und auf mein Erstaunen wurde mir die Antwort: Wir konnten nicht anders; wir waren von unsern Vorgesetzten aufgefordert zu erscheinen und mit den National-Liberalen zu stimmen. (Heiterkeit.) Das muß ein Ende nehmen, wir müssen den Leuten die Möglichkeit gewähren, nach freier Ueberzeugung stimmen zu können, ohne ihre Existenz auf's Spiel zu setzen. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich könnte noch sehr lange und ausführlich fortfahren (Widerspruch links), ich will es aber vorerst dabei bewenden lassen und nur noch einige Punkte berühren. (Bedauern links.) Ja, meine Herren, wenn ich das Wort habe, behalte ich es. (Heiterkeit.) Man sagt, warum bringen Sie uns einen solchen Antrag schon jetzt und so rasch? (Sehr richtig! links.) Deshalb, weil zur Durchführung einer Verfassungsänderung bekanntlich viel Zeit nöthig ist. Die Herren sagen, wir hätten bis zum dritten Jahre der Legislaturperiode Zeit gehabt. Ja, wenn ich nur ganz gewiß wüßte, daß wir im dritten Jahre noch zusammen sind! Ich will

Ihnen ganz ehrlich sagen, nach meiner Meinung stürzt das gegenwärtige Abgeordnetenhaus sehr leicht in den Kinderjahren. (Bewegung.) Ich halte dafür, daß in dem gegenwärtigen Hause die conservativen Elemente nicht genügend vertreten sind. (Widerspruch und Heiterkeit links.) Ja, meine Herren, das finden Sie (nach links gewendet) lächerlich; Sie glauben ohne Zweifel, Ihre Wandlung in eine ministerielle Partei habe sofort den Conservatismus in Sie hineingebracht; das müssen wir noch erst erleben. Der Parquetboden in den Antichambren der Minister ist glatt. (Heiterkeit.) Die conservativen Elemente des Landes sind durch die Staatsregierung ungebührlich zurückgedrängt; die „Provinzial-Correspondenz“ macht dazu ein süßsaueres Gesicht (Heiterkeit), woraus ich entnehme, daß sie in ihrer politischen Heuchelei noch nicht so weit gekommen ist, als ich erwartet hatte. (Heiterkeit.) Wenn ein wesentliches Element in der Vertretung fehlt, so ist ihre Dauer nicht sehr sicher; ich wenigstens übernehme die Versicherungsprämie nicht. Deshalb habe ich nicht bis zum dritten Jahre gewartet.

Wenn man gesagt hat, der Antrag sei gegen die Regierung gerichtet, so frage ich, wie ist es möglich, da dieselbe ihre Autorität dafür geltend gemacht hat? Es ist dann noch gesagt, es sei ein Versuch, den liberalen Parteien Verlegenheit zu bereiten (Heiterkeit im Centrum). Wenn Sie ihn für gut halten, nehmen Sie ihn an; wenn das Gegentheil der Fall ist, geben Sie Ihre Gründe an und stimmen dagegen. Ist das eine Verlegenheit? Man hat gesagt, wir versuchten eine Spaltung der liberalen Parteien. Wenn ich diesen Versuch machen wollte, würde ich wenig Einsicht haben; der Kitt, welcher Sie (nach links gewendet) verbindet, wird wohl aushalten. Ich bin mir ganz klar bewußt, daß es eine vollständig compacte Majorität von den Neuconservativen bis zur Hälfte des Fortschrittes gibt (Heiterkeit). Ueber den Namen streiten Sie noch, die Sache ist vorhanden. Sie trennen kann ich nicht, aber eins weiß ich gewiß, was ich nicht trennen kann, das wird das Volk dereinst zur Rechenenschaft ziehen (Heiterkeit). Endlich heißt es, das ist ein Geschenk, aber aus einer Hand, aus der wir nichts annehmen (Sehr richtig! links). Ich bin so voll Wohlwollen (Heiterkeit), daß, wenn ich Ihnen ein Geschenk machen könnte, ich es gewiß thäte; aber ich bitte mir ja von Ihnen ein Geschenk aus. Wir können das Gesetz nicht durchbringen (Sehr richtig! links). Sie können es. Wenn die Presse unter Anführung officieller Organe täglich dahin stimulirt, man solle an sich berechnete Anträge nicht sachlich bekämpfen, sondern einfach zurückweisen, weil sie von einer einzelnen Partei ausgehen, die sich der Gunst dieser officiellen Organe nicht erfreut, diese Weise nenne ich endlich, kindisch, narrißch (Sehr gut! im Centrum).

Ich meine, daß uns das preussische Volk hierher gesandt hat, alles, was uns vorgelegt wird, ruhig und unparteiisch zu prüfen und dann sachlich zu entscheiden, und nicht danach, ob diese oder jene Partei es bringt. Weder die Verfassung noch die Geschäftsordnung kennt Parteien. Wir sind verpflichtet, alle Anträge ruhig und sachlich zu erörtern. Wenn die Blätter eine solche Verpflichtung leugnen, so beweisen sie, daß sie das constitutionelle System nicht verstehen; das sind Lohnschreiber aber keine Publicisten (Beifall im Centrum). Ich weiß, daß man vielfache Beratungen gehalten hat, wie man dem unbehaglichen Knaben, der sich in diesem Antrage präsentirt, am kürzesten, raschesten und graciösesten den Hals brechen kann. Ich sage Ihnen, dieser Antrag wird durchgehen, wenn Sie ihn auch auf sechs Monate verschieben. (Beifall im Centrum.)

Es melden sich 16 Redner zum Wort, und zwar gegen die Abgeordneten Laster, Birchow, Rickert, Rietsche, Jung, Langerhans, Hänel, Tiedemann, v. Gerlach, Windthorst (Bielefeld), Lorenzen; für v. Mallindrodt, Reichensperger, v. Schorlemer-Nist und Dunder. (Fortf. folgt.)

Deutschland.

Karlsruhe, 30. Nov. S. R. H. der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, mittelst höchster Entschließung vom 29. v. M. den bisherigen Oberlehrer an dem Seminar zu Lagos, Wilhelm Heinrich Hechler, unter Ernennung zum Professor, als Erzieher Seiner Groß. Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm zu berufen; ferner mittelst höchster Entschließung vom 11. v. M. dem Erzieher Seiner Königl. Hoheit des Erbgroßherzogs, Professor Dr. Ernst Wagner dahier, den Titel als Hofrath zu verleihen, und den bisherigen Director des Gymnasiums in Treptow, Dr. Hermann Perthes, unter Ernennung zum Geheimen Hof-

rath, in Höchsthöhere Dienste zu berufen; sodann unter dem 26. v. M., dem außerordentlichen Professor Dr. A. Ruhn an der Universität Heidelberg den Titel als Professor honorarius zu verleihen und den Bade- und Salinarzt L. v. Gns in Dürckheim zum Bezirksarzt in St. Blasien zu ernennen.

* Karlsruhe, 29. Nov. Die erste Kammer hatte heute Adreßberatung und wurde der Entwurf einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag von Prinz Wilhelm, die Geschäftsordnung betr.

+ Vom Oberrhein. Vorzugsweise in größeren Städten und den Sigen unserer „hölzernen“ Bureaukraten werden jetzt die Altkatholikenpetitionen colportirt. Das Resultat läßt sich jetzt schon mit mathematischer Sicherheit voraussagen, die Beamten, Angestellten, eine Anzahl von Katholiken, deren Katholicismus sich bei der Taufe und höchstens noch bei der Eheinsagung documentirt, werden unterschreiben. Aber es gilt doch, auf der Hut zu sein. Wie die Vorgänge in Preußen mit der Rumänieradresse zeigen, wird man die Leute auch vielfach zu mißleiten suchen.

Die Petitionen selbst sind alle von gleichem Schrot und Korn; ohne Zweifel sind sie von des „Boreas rauhen Lüften“ hergeweht. Im Jahre 1859 gingen für die Erhaltung des Concordates 80,000 Unterschriften ein, doch sie wanderten geduldig in den Papierkorb, und das Concordat fiel. Jetzt aber werden auf Grund dieser bestellten Unterschriften, die sich höchstens auf einige Tausend belaufen werden, die wichtigsten Aenderungen angestrebt werden.

Berlin, 29. Nov. Die „Nordb. Allgem. Btg.“ ergänzt die Mittheilungen über die Vorfälle in Cartagena. Der in Cartagena wieder in Function getretene deutsche Consul Spottorno war angewiesen worden, die Reclamationen der deutschen Reichsangehörigen wegen des fortgenommenen Eigenthums genau zu prüfen und dieselben vor der Junta zu vertreten. Die eingegangenen Reclamationen repräsentiren 100,000 Frcs. Auf die Meldung des Consuls von der Erfolglosigkeit der Vorstellungen bei der Junta sei die kaiserliche Gesandtschaft in Madrid ermächtigt worden, zur Unterstützung der Forderungen das deutsche Geschwader wiederum nach Cartagena zu beordern und der Chef des Geschwaders angewiesen worden, energische Maßregeln zur Durchführung der Aufgabe zu ergreifen und sei es anzunehmen, daß die kaiserliche Marine auch eine eventuelle Unterstützung vorbereitete. Das Geschwader traf am 25. Nov., nachdem es, durch einen heftigen Orkan gezwungen, nochmals in den Hafen von Malaga eingelaufen war, vor Cartagena ein und begann der Geschwaderchef unmittelbar nach der Ankunft die Reclamationen energisch zu unterstützen. Die weggenommenen deutschen Güter seien, zum größten Theil in natura schon 24 Stunden nach dem Erscheinen des Geschwaders am Bord des „Friedrich Carl“ gewesen, die gemeldete Entschädigung in Goldmünze bedürfe aber noch der Bestätigung.

Ausland.

Madrid, 29. Nov. Auf Verlangen der Admirale der englischen, französischen und italienischen Geschwader hat der Obercommandeur der Belagerungsarmee vor Cartagena einen Waffenstillstand von Mitternacht bis 4 Uhr Morgens zur Evacuation der Stadt von Frauen, Greisen und Kindern bewilligt. Gestern Abend dauerte das Bombardement fort; das Feuer der Insurgenten war minder lebhaft als des Morgens, aber anhaltend. Eingeschlagene Projectile haben Feuersbrünste in der Stadt verursacht. Es heißt, mehrere Häuser seien geplündert worden. Ein von dem italienischen Geschwaderchef geforderter neuer Waffenstillstand wurde von dem Obercommandeur abgeschlagen, welcher den Nachtheil der Waffenstillstände für die Insurgenten erwog, welche letztere dieselben zur Anschaffung von Munition und Lebensmitteln benutzen.

Warnung!

Zwischen dem unteren Neckar und der Saalbach treibt sich ein Schwindler der verkommensten Sorte umher. Ein kleiner älterer Mann, der Sprache nach ein Bayer, mit läßig gebogener großer Adernase, Brille und schäbiger schwarzer Kleidung bittet dringend in confessionaler Erscheinung. Derselbe hat mehrere Zeugnisse über tadellos ausgeführte Arbeiten in Kirchen und, weil er in der größten Verlegenheit ist, möchte er für die Kirche etwas vergolten, puzen oder färben, um einige Groschen zu verdienen, allein er hat in einem entfernten Ort seine Effecten verlegt, die er vor Beginn der Arbeit zuerst einlösen muß, wozu er sich ganz höflich etwas vorausbezahlen läßt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

In der Herder'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg ist soeben erschienen und durch die literarische Anstalt in Freiburg zu beziehen: **Baumstark, Meinb., Daniel O'Connell.** Mit dem Bildniß O'Connells. 2. Auflage. 8°. (VI u. 232 S.) 18 Sgr. — fl. 1.
 „Dieses Buch beginnt die zweite Serie der „Sammlung historischer Bildnisse“, dieses Unternehmens, das gegenwärtig so geeignet ist, Propaganda zu machen für die ewigen Gesetze der sittlichen Weltordnung. So lehrreich aber und so zeitgemäß, als Daniel O'Connell, dürfte in neuerer Zeit kaum ein Buch erschienen sein. Es ist dieses Buch eine wahre Kistkammer von Waffensücken, die aber noch nicht verrostet sind, sondern, recht gebraucht, noch heute Wunder thun. Um die heiligsten Güter hat man allezeit kämpfen müssen in harter Arbeit. Lernen wir recht kämpfen, ich sage nicht und Baumstark sagt es auch nicht, in unbedingter Nachahmung von O'Connell, sondern in treuer Befolgung der Lehren, die Baumstark in diesem Buche gibt. Hier in diesem Buche lernt man Irland kennen und hier lernt man die Parole für den heutigen Kampf und das Vermächtniß im Tode: „Mein Leib für Deutschland, mein Herz für Rom, meine Seele für den Himmel.“

Baumstark, Meinb., Kaiser Leopold I. 8°. (VII u. 213 S.) 15 Sgr. — 54 kr.
 Ist das 3. Bändchen der II. Serie der Sammlung historischer Bildnisse.

Bei der Expedition des Bad. Beobachters ist zu haben:
 Neues Heft der Westimmen:
Die Verseucher.

Eine Scene von
Conrad von Bolanden.
 Preis 7 kr. Gegen Einsendung von 8 kr. in Freimarken Frankozusendung.

Krankenwärterin
 eine tüchtige, die sich über ihre Fähigkeiten und gute Aufführung genügend ausweisen kann, findet im katholischen Bürger-Hospitale in **Mannheim** eine Stelle mit gutem Gehalte und Altersversorgung.
 3.1
 Mannheim, den 29. Nov. 1873.
Die Hospital-Verwaltung.

Stelle-Gesuch.
 Ein lediges katholisches Frauenzimmer mittleren Alters, das lange Jahre hindurch Haushälterin gewesen und im Kochen und Führung einer Haushaltung gut bewandert ist, sucht eine Stelle bei einem geistlichen Herrn oder bei einem älteren Herrn ohne Familie. Adresse bei der Exp. d. Bl. zu erfahren.

Bonner Fahnen-Fabrik.
Zeugniß.
 Mit Freuden gebe ich der Bonner Fahnenfabrik das Zeugniß, daß die Fahne, eine Kreuzfahne mit Bildnissen: St. Maria als Himmelskönigin auf der einen Seite, und St. Bartholomäus auf der andern Seite, von ihr schön und prächtig für unsere Kirche ausgeführt ist, so daß alle Beschauer ihre Zufriedenheit mit derselben und ihre Freude an den herrlich ausgeführten Bildern und an der schönen Dekoration der Fahne unbescholten zu erkennen geben. Ich nehme mithin keinen Anstand, diese Fabrik Allen zu ähnlichen Aufträgen zu empfehlen.
 Frohnhausen bei Borgholz, 12. November 1873.
 3
Lewes, Pfarrer.

Lehrling, ein, welcher die **Schloßerei** zu erlernen wünscht, findet eine Stelle **Schwabenstraße 14.**

Hiermit beehre ich mich zur Kenntniß zu bringen, daß Herr **Karl Schiedmayer** aus Stuttgart als Theilhaber in mein Geschäft eingetreten ist und dasselbe unter der Firma
Kaiser & Schiedmayer
 fortgeführt wird.
 Indem ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen danke, bitte ich dasselbe auf die neue Firma übertragen zu wollen.
Freiburg i. Br., im Nov. 1873.
 Hochachtungsvoll
Friedrich Kaiser.

Bezugnehmend auf Obiges empfehlen wir unser Lager von
Flügeln, Pianos & Harmoniums,
 den renomirtesten Fabriken entstammend, ebenso unsere
Musikinstrumenten- & Musikalien-Handlung,
 nebst Leih-Anstalt und Piano-Vermiethung.
 Gleichzeitig haben wir in **Strasburg i. Elsass** ein
Piano- & Harmonium-Magazin
 unter der Firma
Schiedmayer & Co.
 Broglieplatz Nr. 4
 eröffnet, dessen Leitung Herr **Karl Schiedmayer** besorgt.
Freiburg i. Br., im Nov. 1873.
 Kaiserstraße Nr. 35.
 Hochachtungsvoll
Kaiser & Schiedmayer.

Ein großes Altargemälde
 aus dem XIV. Jahrhundert,
 Preis 200 fl.
 den heil. Hieronymus in der Einsamkeit vor einem Crucifix liegend darstellend, in Lebensgröße auf Leinwand und noch mit dem ächten Originalrahmen versehen, ist zu verkaufen. Näheres bei **L. Schweiß** in Heidelberg.

Stelle-Gesuch.
 Einer, der den Post- und Telegraphendienst erlernen will, sucht gegenwärtig eine Stelle. Wer, sagt die Expedition dieses Blattes. 14.7

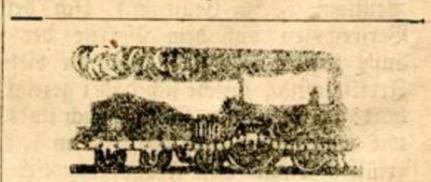
In der Expedition dieses Blattes sind zu haben:
Sonntagskalender. 9 kr.
Marienkalendar. 12 kr.
Kalender für Zeit & Ewigkeit von **Alban Stolz.** 9 kr.

Unentgeltliche Kur der Trunksucht.
 Allen Kranken und Hülfsuchenden sei das unerschöpfliche Mittel zu dieser Kur dringend empfohlen, welches sich schon in unzähligen Fällen aufs glänzendste bewährt hat, und täglich eingehende Dankschreiben die Wiederkehr häuslichen Glückes bezeugen. Die Kur kann mit, auch ohne Wissen des Kranken vollzogen werden. Hierauf Reflektirenden wollen vertrauensvoll ihre Adressen an **J. Bollmann Droguist** in Guden einsenden.
Sicht-, Rheumatismus-, Magenkrampf- und Hämorrhoidalranke heilt **Dr. Müller** in Frankfurt a. M. Seidenbergstr. 5. Kurprospekte gratis franco.

Reuthe. 2.1
Geld auszuleihen.
 Beim **Baufond Reuthe, Post Denzlingen**, sind **200 fl.** sogleich, und **200 fl.** weiter auf **Weihnachten** auszuleihen.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.
 Dienstag 2. Dez. Viertes Quartal. 131. Abonnements-Vorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Ein Vortemonnaie.** Scherz in 1 Akt von **Bernhard Busch.** **Der Ball zu Ellersbrunn.** Lustspiel in drei Akten von **Karl Blum.** Anfang halb 7 Uhr.
 Mittwoch 3. Dez. Außer Abonnement. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin. In festlich beleuchtetem Hause. Neu einstudirt: **Die Meisterfinger von Nürnberg.** Oper in 3 Akten von **Richard Wagner.** Anfang 6 Uhr.

- Todesfälle.**
- 27. Nov. **Idia, Vater** Steinbauer Woch. 1 R. 21 T.
 - 27. " **Georg Ading, Hausmeister,** ein Ehemann. 61 J.
 - 27. " **Johann Heinrich, Privatier,** ledig. 47 J.
 - 28. " **Franziska, Ehefrau** des Registrators Hündle. 69 J.
 - 28. " **Alois Erne, Schreiner,** ledig. 21 J.
 - 28. " **Wilhelm Fecht, pens. Lieutenant,** ledig. 23 J.
 - 29. " **Christiane Schymacher, Näherin,** ledig. 59 J.
 - 29. " **Luis, Vater** Fabrikarbeiter Seemann. 1 J. 2 M. 13 T.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873
 anfangend:
Abgang von Karlsruhe.
 Nach **Rastatt, Baden, Freiburg** etc.:
 1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45
 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).
 Nach **Bruchsal und Heidelberg** etc.:
 7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55.
 3.25*. 8.40. 2.40*.
 Nach **Pforzheim (Mühlacker)**:
 7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.
 Nach **Pforzheim nach Karlsruhe**:
 5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29*
 4.48. 9.10.
 Nach **Mannheim (Rheinthalbahn)**:
 6.10. 9.30. 2. 7.15.
 Nach **Magau**:
 6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.
 * Schneefolge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 29. November.

Staatspapiere.	pr. comptant.	94.4	94.4	84.0	84.0
Baden 4 1/2% Consol. Oblig.	105.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4 1/2%	101.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4%	97	94.4	94.4	84.0	84.0
Baden 5% Obligationen	103.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4 1/2%	99.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4%	93.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 3 1/2%	90.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Baden 4 1/2% Del. 83/83. 1/2jähr.	100.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4 1/2% " (Zins 1jähr.)	100.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4% " 1jähr.	94.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Württemberg 5% Obligationen	104.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4 1/2%	100	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4%	94.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Wassau 4 1/2% Obligationen	—	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 3 1/2%	91.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 3%	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Wachsen 5% do.	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Wolfs 5% do.	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Dr. Hessen 5% do.	99.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4% do.	65.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Defferr. 5% Silberrente B. 4 1/2%	65	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4% Papierrente B. 4 1/2%	60.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. do.	60.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 5% Ung. C. B. Anl. 1868	71.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 5% Oblig. v. 1871	93.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Rußland 5% Obligationen v. 1872	94.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Belgien 4 1/2% Obligationen	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Schweden 4 1/2% Oblig. in Thaler	96.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Schweiz 4 1/2% Eidgenössisch. Obl. i. Fr.	97.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 4 1/2% Berner Obligationen	97.4	94.4	94.4	84.0	84.0
N. Amerika 6% Bonds 1882 v. 1862	97.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 6% " 1885 v. 1865	99	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 5% " 1904 v. 1864	96.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Spanien 3% neue Schuld von 1869	15.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr.	92	94.4	94.4	84.0	84.0
do. do. leere.	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Aktien und Prioritäten.		94.4	94.4	84.0	84.0
Badische Bank, 200 Thaler	110.4	94.4	94.4	84.0	84.0
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147.4	94.4	94.4	84.0	84.0
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	379	94.4	94.4	84.0	84.0
3% Defferr. Nationalbank, fl. 600 6kr.	1007	94.4	94.4	84.0	84.0
5% do. Creditactien, fl. 160	231.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Stuttgarter Bank	94.4	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Elisabethbahn, fl. 200	224.4	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Rudolphsbahn, fl. 200	164	94.4	94.4	84.0	84.0
4% Ludwigsb.-Bergb.-E. fl. 500	194	94.4	94.4	84.0	84.0
4 1/2% Bayerische Obbahn, fl. 200	17	94.4	94.4	84.0	84.0
4% Hessische Ludwigsbahn, Tplr. 200	154.4	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Defferr. Staatsbahn, Fr. 500	342	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	84.0	94.4	94.4	84.0	84.0
3% do. do.	84.0	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1 Em.	84.0	94.4	94.4	84.0	84.0
5% do. do. 2. Emiff.	84.0	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Böhmisches Westbahn, 1863, 300 fl.	60.4	94.4	94.4	84.0	84.0
3% Defferr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28kr.	102.4	94.4	94.4	84.0	84.0
5% Hessische Ludwigsbahn (Berzbach.)	79	94.4	94.4	84.0	84.0
6% Central Pacific, rüd. 1898	64.4	94.4	94.4	84.0	84.0
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	49.4	94.4	94.4	84.0	84.0
6% Südl. Pac. Riff. r. 1888 v. 1869	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Anleihen-Loose		94.4	94.4	84.0	84.0
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	112.4	94.4	94.4	84.0	84.0
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Tplr.	110.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Badische 35-fl.-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Braunschweiger 20-Tplr.-Loose	22	94.4	94.4	84.0	84.0
Dr. Hessische 50 fl.-Loose	115	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 25-fl.-Loose	58	94.4	94.4	84.0	84.0
Kurhessische 40-Thaler-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Unsbach-Gunzenhausen 7-fl.-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Defferr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	83	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 5% 500 do. do. 1860	91.4	94.4	94.4	84.0	84.0
do. 100 fl.-Loose do. 1864	149.4	94.4	94.4	84.0	84.0
Schwedische 10-Thaler-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Finnländer 10-Thlr.-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Reininger 7-fl.-Loose	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Wesf.-L. Cour.		94.4	94.4	84.0	84.0
Amsterdam f. S.	98 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Kugsb. " "	100	94.4	94.4	84.0	84.0
Berlin " "	104 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Bremen " "	105 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Brüssel " "	93 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Hamburg " "	105 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Leipzig " "	105	94.4	94.4	84.0	84.0
London " "	118 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Osaka " "	—	94.4	94.4	84.0	84.0
Paris " "	93 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Wien " "	102 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Gold und Silber.		94.4	94.4	84.0	84.0
Dr. Friedrichsdor.	fl. 9.58—59	94.4	94.4	84.0	84.0
Preuss. " "	9.42—44	94.4	94.4	84.0	84.0
Holländ. 10-fl.-St.	9.52—54	94.4	94.4	84.0	84.0
Ducaten " "	5.34—36	94.4	94.4	84.0	84.0
20-Frankenstücke " "	9.21 1/2—2 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0
Engl. Sovereigns " "	11.50—52	94.4	94.4	84.0	84.0
Russ. Imperiales " "	9.32—34	94.4	94.4	84.0	84.0
Dollars in Gold " "	2.25 1/2—26 1/2	94.4	94.4	84.0	84.0